BJÖRN KIETZMANN / ACTION PRESS

Flüchtlingsdemonstration im Januar in Berlin

Familiennachzug

Seehofer pocht auf strenge Linie

● Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will dafür sorgen, dass der Familiennachzug von Bürgerkriegsflüchtlingen die Sozialkassen möglichst wenig belastet. »Wir wollen keinen Zuzug in die Sozialsysteme. Das haben wir auch in der Koalition so besprochen«, sagt Seehofer. Er reagiert damit auf Kritik aus der SPD auf einen Gesetzentwurf aus seinem Haus. Dieser soll regeln, dass künftig höchstens tausend Familienangehörige von subsidiär Schutzberechtigten pro Monat nach Deutschland kommen dürfen. Unter »subsidiär Schutzberechtigte« fallen viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien. Der Seehofer-Entwurf sieht vor, dass bei der Auswahl der tausend Angehörigen die finanzielle Lage ihrer bereits in Deutschland lebenden Verwandten eine Rolle spielen soll – neben der Not der Antragsteller.

Seehofer kündigt zudem an, vor dem Sommer seinen »Masterplan für schnellere Asylverfahren und konsequentere Abschiebungen« vorzulegen: »Im Mai, spätestens Juni muss der Plan ins Kabinett.« Neben den Maghreb-Staaten, so Seehofers Ziel, solle auch Georgien zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden, um Abschiebungen dorthin zu beschleunigen. Grundsätzlich will die Koalition erreichen, dass alle Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, sobald die Anerkennungsquote ihrer nach Deutschland geflüchteten Bürger unter fünf Prozent rutscht. WOW, PFI

Visa-Affäre

Korruption an deutschen Botschaften

● Die deutschen Auslandsvertretungen in Teheran und Beirut stehen im Fokus von Ermittlungen wegen gekaufter Visa. In Iran soll ein ausländischer Antragsteller für ein Visum Schmiergeld an einen Mitbeschuldigten in Deutschland gezahlt haben, der seinerseits dann für die Erteilung des Visums Ortskräfte der Botschaft bestochen hat. Der Mann habe mit dieser Masche offenbar gegen Beträge von »5000 bis 10 000 Euro« Visa an »iranische Staatsangehörige« weiterverkauft, so der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Martin Steltner. Im Fall der deutschen Botschaft in Beirut, Libanon, soll mindestens eine Ortskraft Visaantragsteller für die Vermittlung kurzfristiger Termine abkassiert haben. Hier ermittelt die Staatsanwaltschaft in 21 Fällen, bei denen Beträge von bis zu 5000 Euro geflossen sein sollen. Die Abteilung für Korruptionsdelikte der Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt außerdem gegen eine Deutsche und einen Syrer an der deutschen Botschaft in Ankara. Zum Ankara-Verfahren könne »aus ermittlungstaktischen Gründen keine Auskunft erteilt werden«, so Steltner. MOP

CHRISTIAN LANGBEHN / DDP IMAGES

Botschaft in Ankara

Bundeswehr

Radmuttern kontrollieren

● Infolge der türkischen Militäroperation in den kurdischen Gebieten in Syrien befürchtet der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr Angriffe auf die Truppe in Deutschland. In einem internen Sicherheitshinweis heißt es: »Es muss angenommen werden, dass es zu weiteren Anschlägen, unter anderem gegen Fahrzeuge der Bundeswehr, kommen kann.« Die Soldaten werden angewiesen, vor Fahrtantritt »den Sitz der Radmuttern zu kontrollieren« und bei Dienstreisen Parkhäuser zu nutzen. Bei Reparaturen außerhalb von Kasernen sollten die Bundeswehrautos auf dem Gelände der Werkstätten »stets in einem umzäunten Bereich, möglichst in einer Halle und nie in vorderster Reihe« geparkt werden. Am 13. März hatte es in Soltau einen Brandanschlag auf zwei Lkw der Bundeswehr gegeben. Ein Bekennerschreiben, das der linksextremen Szene zugeordnet wird, begründete die Angriffe anschließend damit, dass das, »was hier brennt, woanders keinen Schaden mehr anrichten« könne und die betroffenen Fahrzeuge nicht mehr »in den Händen der türkischen Besatzungsarmee landen«. SVE

EU

Mehr Demokratie wagen

● Mittels der »Europäischen Bürgerinitiative« (EBI) können EU-Bürger der Kommission in Brüssel neue Gesetze vorschlagen – doch das direktdemokratische Instrument droht zu veröden. Zwar will die Kommission die Europäische Bürgerinitiative stärken, aber die Reformvorschläge reichen nicht aus, wie eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt. »Es sollte mehr dafür getan werden, dass es breite Debatten zu den Themen der Bürgerinitiativen gibt«, sagt Studienautor Dominik Hierlemann. Um die Attraktivität des plebiszitären Instruments zu steigern, sollte die Kommission laut Studie jeder erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag folgen lassen. Aktuell werden Initiativen, die eine Million Unterstützer aus mindestens sieben EU-Ländern finden, in der Kommission zwar diskutiert. Der Initiative folgen muss Brüssel aber nicht. Die EBI ist bei den EU-Bürgern wenig bekannt: Zwischen 2011 und 2017 ist laut Studie etwa achtmal so oft über das Demokratiedefizit der EU berichtet worden wie über die Bürgerpartizipation durch die EBI. AKM